

Presse-Statement von der Beratungsstelle Frauennotruf Frankfurt zur 40-Tage-Mahnwache vor der Beratungsstelle pro familia (Die Veröffentlichung der Statements ist auch in Teilen gestattet.)

Für die Beratungsstelle Frauennotruf Frankfurt zählt die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen zu den Grundrechten. Deshalb sind für uns Mahnwachen im unmittelbaren Umfeld einer Beratungsstelle, wie aktuell im Fall pro familia in Frankfurt, nicht tragbar.

Beratungsstellen kommen mit ihrer Arbeit in der Regel einem Gesetzauftrag nach oder sie leisten gemeinnützige Arbeit. Vor allem Anlaufstellen, die zu sensiblen Themen wie Sexualität und Schwangerschaft, Alkohol- und Drogenmissbrauch oder Gewalterfahrungen beraten, bedürfen besonderem Schutz. Wir wissen, wie schwer es Betroffenen fällt, oftmals trotz großer Scham, entsprechende Angebote in Anspruch zu nehmen, daher haben Mahnwachen hier nichts zu suchen – und seien sie noch so stumm.

Beratungen jedweder Art müssen in einem geschützten Umfeld durchgeführt werden, um erfolgreich sein zu können. Grundsätzlich hat niemand das Recht, anderen Menschen, und in diesem Fall insbesondere Frauen, die eigenen Überzeugungen, Ideologien und Denkweisen aufzuzwingen. Will eine Frau Beratung in Anspruch nehmen, um aus freien Stücken zu einer Meinung und Entscheidung zu gelangen, so sollte ihr dies jederzeit und uneingeschränkt möglich sein.

Selbstverständlich steht allen Menschen zu, eine eigene Meinung zu haben und diese zu vertreten – solange sie dadurch Andere in ihrem Handeln weder behelligen noch diskriminieren.

Die Beratungsstelle Frauennotruf Frankfurt engagiert sich für das Aktionsbündnis „Frankfurt für Frauenrechte“. Wir sind der Meinung, dass jede*r ein Recht auf Selbstbestimmung und darüber hinaus auf anonymen, unbehelligten Zugang zu Beratungseinrichtungen haben sollte.

*Für Team und Vorstand der Beratungsstelle Frauennotruf, Angela Wagner
Frankfurt am Main, 9. März 2018*